Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2 R.-M. Postbezug für Monat Januar 2 R.-M., für die Tschecho-Slowakei monatlich 8 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,05 R.-M., Ausland 1,20 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14194, 20024, 27981, 27982, 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 23 — Freitag, 27. Januar 1928 — XXXVI. Jahrg.

Neue russisch-deutsche Verhandlungen

Vor einem englisch-russischen Ausgleich? — Beginn der Abrüstungskonferenz in Prag — Wieder ein Erdbeben in Wien

Das russische Geschäft

Das Fiasko des 300-Millionen-Kredits

B. Berlin, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Zwischen der deutschen und der Sowjetregierung sind, wie offiziös bestätigt worden ist, Besprechungen eingeleitet, um den Fortgang des sogenannten russischen Geschäfts zu fördern. Mit dem steht es so, wie das von uns vorausgesagt worden ist, da wir mit tausend Segeln in dieses russische Geschäft hinausfuhren. Nämlich miserabel. **Der Export aus Deutschland hat nicht zu-, sondern abgenommen, und der famose Dreihundert-Millionen-Kredit ist, was wir gleichfalls zu prophezeien uns erkühnten, einfach zum Fenster hinausgeworfen.** Wer sich einmal die sowjetrussische Wirtschaftsorganisation klarzumachen versucht hat — ein Teil unsrer Wirtschaftler hat das freilich nicht vermocht und bringt es immer noch nicht zustande —, konnte ein andres Ergebnis auch gar nicht erwarten. Im Sowjetstaat reguliert sich das Wirtschaftsgetriebe nicht durch Angebot und Nachfrage. Die Russen können die Einfuhr drosseln soviel sie wollen. Der russische Käufer aber kommt mit dem deutschen Exporteur überhaupt in keine direkte Berührung. **Ueberall schiebt sich die Staatsmaschine dazwischen und lenkt die Dinge nicht nach ökonomischen, sondern nach ihren speziellen politischen Erwägungen und Bedürfnissen.** Unter diesen Umständen braucht man sich, wie wir schon andeuteten, über das Ergebnis der neuen Besprechungen, zu denen Graf Brockdorff-Rantzau, unser Botschafter in Moskau, eigens nach Berlin gekommen ist, keinerlei Illusionen hinzugeben. Um so weniger, als ja ausdrücklich offiziös versichert wird, daß sie sich „im Rahmen der bestehenden Verträge" halten sollen. Als einziges Haben bleibt vielleicht zu buchen, daß man in den Kreisen von Politik und Wirtschaft an die „unbegrenzten Möglichkeiten" des russischen Geschäftes ganz allgemein zu glauben aufgehört hat.

•

Russische Friedensbereitschaft

Bewährt sich Englands Politik?

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 26. Januar

Die englisch-russischen Beziehungen haben sich seit der Begegnung Chamberlains mit Litwinow in Genf entgegen gewissen, allzu optimistischen Moskauer Erwartungen nicht merklich verbessert. Es scheint jedoch aus verschiedenen Anzeichen hervorzugehen, daß die nächste Zusammenkunft der beiden Außenminister, die eventuell wieder in Genf stattfinden wird, nicht ohne gewisse Vorbereitungen stattfinden wird. Die Russen sollen, wie man hört, durch verschiedene Kanäle politische Angebote in der Richtung der seinerzeit von Chamberlain gestellten Friedensbedingungen gemacht haben. Die Stimmung der englischen Diplomatie gegen Rußland hat sich ebenfalls etwas gewandelt. Zwar ist kaum daran zu denken, daß schon in den nächsten Monaten eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgt, aber eine gewisse Annäherung dürfte der konservativen Regierung schon deshalb erwünscht sein, weil der Bruch mit Rußland eine zu kräftige Wahlparole für die Oppositionsparteien darstellt.

Der Punkt, von dem aus die Verständigung vermutlich ausgehen wird, dürfte die Haltung Rußlands in der Petroleumfrage sein. Gelingt es den englischen Oelkonzernen, sich mit den Amerikanern über das russische Oel halbwegs zu einigen, was nach Verlauf der ersten Kampfperiode recht wahrscheinlich ist, so werden die Russen Gelegenheit haben in der Frage der Entschädigung der Vorkriegskonzessionäre ein Entgegenkommen zu zeigen, das von England auf politischem Gebiete erwidert werden dürfte. Ein andrer Punkt, der vorläufig noch der Klärung harrt, ist der Ausgang der russisch-japanischen Verhandlungen. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt, dürfte der Moskauer Besuch des Grafen Goto durch einen Gegenbesuch entweder des Außenministers Tschitscherin oder des bekannten Sowjetdiplomaten Karachan in Tokio erwidert werden. Erst bei diesem Besuch werde sich herausstellen, wieweit die gegenwärtige Annäherung zwischen Rußland und Japan praktisch geht.

Sicherheitskonferenz in Prag

Telegramm unsres Korrespondenten

d. Prag, 26. Januar

Heute beginnt in Prag unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Benesch die seinerzeit in Genf beschlossene Konferenz der Abrüstungsreferenten des Völkerbundsausschusses für Abrüstung und Sicherheit. In der heutigen Sitzung des Ausschusses liegen drei Anträge zur Sicherheitsfrage vor, und zwar ein englischer, ein schwedischer und ein norwegischer. Die englische Regierung steht in ihrem Antrage zwar dem Gedanken der Erweiterung der Schiedsverträge sympathisch gegenüber, beschränkt aber ihre Verwendung auf rein juristische Fragen; sie beantragt regionale Sicherheitsverträge nach dem Muster von Locarno, betont aber, daß die Garantie, die sie solchen Verträgen bieten könnte, nicht die in Locarno gebotenen Garantien übertreffen würden. Die schwedische Regierung spricht sich für die Bildung von kollektiven Schiedsverträgen aus und hat einen solchen Antrag vorgelegt. Die norwegische Regierung dagegen verlangt ein allgemeines Schiedsabkommen auf der Grundlage von Locarno.

Die sterbende Koalition

Wann wird aufgelöst und was kommt nach den Neuwahlen?

Von Richard Bahr

Im alten Staat pflegte man die Generalaussprachen zum Etat herkömmlich zu den „ganz großen" Tagen zu zählen. Sie hielten zwar auch nicht immer, was man von ihnen sich erhofft hatte. Auch damals schon wurde mit Wasser gekocht. Und das Geschlecht großer Parteiführer und zwingender Redner war so ungefähr um die Jahrhundertwende zur Neige gegangen. Aber wenn der jeweilige Kanzler, wohl auch, wenn der eine oder andre Minister redete, gab's doch zuweilen etwas wie ein politisches Ereignis. Das hatte seither sich geändert. Oder vielleicht hatten auch wir selber uns geändert. Wir Heutigen erwarten uns von den Parlamenten keine Feste. Gleichmütig, fast apathisch lassen wir die Debatten im Reichstags-Lenum an uns vorüberziehen. Wir begehen kaum noch große Tage und kündigen keine mehr an. Und höchstens, wenn es bei Abstimmungen auf des Messers Schneide steht und von dem Ausfall eines Votums Tod oder Leben eines Kabinetts abhängen, geraten zu Zeiten wir ein wenig in Wallung. Die heurigen Wechselreden zum Etat indes bedeuteten eine Ausnahme von solcher Regel. Da war Spannung, war Steigerung, war Sensation. Auch der Durchschnittsbürger, der der Lektüre von Parlamentsdebatten längst sich entwöhnt hatte, griff in seiner Zeitung wieder nach dem Sitzungsbericht des Reichstags. Gute Reden sind gelegentlich auch sonst im Reichstag der Republik gehalten worden. Aber man achtete ihrer nicht. Sie wurden zum Fenster hinaus gesprochen. Mußten, wenn sie ihre Bestimmung erreichen sollten, so gesprochen werden. Doch niemand stand draußen, der sie vernahm. Diesmal hat man aufgehorcht. Denn nun kündete sich, stellenweis in bislang ungewohnten, nicht immer liebenswürdigen Formen, ein neuer politischer Wille an. Man sprach von den kommenden Dingen, oder, weniger philosophisch ausgedrückt, vom neuen Reichstag und der neuen Regierung.

• • •

Wer es noch immer nicht begreifen wollte, muß es jetzt wissen: die bisherige Koalition wird den gegenwärtigen Reichstag nicht überleben. Die Ehe war in Wahrheit schon seit geraumer Weile zerrüttet. Nun gibt man sich nicht einmal mehr Mühe, nach außen den Schein zu wahren. Man geht auseinander und ruft es laut in die Welt: wir lassen uns scheiden. Wer die Schuld hat? Vielleicht doch die Deutschnationalen. Von vornherein hatten sie nichts getan, ihre Presse zu zügeln. Sie mögen es sogar für klug gehalten haben, mit zweierlei Winden zu segeln. Im Kabinett und, zum Teil, auch von Fraktions wegen zu den „Richtlinien" zu stehen und draußen im Land sie als „Fetzen Papier" aushöhnen und verachten zu lassen. Das gab Unstimmigkeiten, Verdrießlichkeiten, immer neuen Aerger. Man schoß hinüber und herüber und die eine und andre Kugel traf und blieb sitzen. Dann kam der Minister v. Keudell als Fleisch gewordene Tücke des Objekts und regierte drauf los, als ob kein Gerichtstag mehr anbrechen könnte. Als ob er wirklich, wie sein etwas geräuschvoller jüngerer Bruder, der Ministerialrat gleichen Namens, gelegentlich zu renommieren pflegte, zwölf Jahre an seinem Platz verharren würde. Und schließlich kam dann noch die Schulvorlage und trieb die nicht gerade durch stürmischen Drang des Blutes Zusammengeführten langsam, aber sicher auseinander. Kurz vor der Einbringung schrieben wir hier: wir könnten uns keine Parteikonstellation denken, die ein Reichsschulgesetz, wie das Zentrum es wünscht (und von seinem Standpunkt aus es wünschen muß), zu verabschieden vermöchte. Wir sehen durch den bisherigen Ablauf der Dinge in unsern Auffassungen uns bestärkt. Dies konfessionell gespaltene und in leider großem Umfang ausgesprochen unkirchlich gewordene Reichsvolk ist in den Stücken nicht unter einen Hut zu pressen.

• • •

Mit der bisherigen Koalition ist auch ihr Regierungschef zu den Toten geworfen worden. So unbarmherzig ist Herr v. Guérard mit dem Parteifreund Marx umgesprungen, daß kein Unbefangener, sofern nicht alles Mitgefühl ihm abhanden kam, ehrlichen Bedauerns sich erwehren konnte. Dieser Dr. Wilhelm Marx ist gewiß nie der unbeugsame Willensmensch gewesen, der, nach der herkömmlichen Doktrin, der im Kampf der Gegensätze hochgekommene Führer eines parlamentarischen Kabinetts angeblich sein soll. Doch immer blieb er, auch jetzt noch, ein Mann von ausgezeichneten menschlichen Qualitäten. Er bedurfte eines Einpeitschers, der all das mitbrachte, was ihm selber abging. Solange der Ministerialdirektor Spiecker hinter ihm stand, ging's gut. Machte Marx selbst als Präsidentschaftskandidat durchaus keine üble Figur. Seither war er verwaist, ein schwankes Rohr im Wind, unbeholfen und ungeschickt, bisweilen, der anscheinend so Bedächtige, sogar schlechthin bemmungslos. Herr v. Guérard, der den Anspruch des Zentrums auf die Kabinettsführung offensichtlich nicht preiszugeben geneigt ist, läßt sich für ungleich geeigneter, das Steuerruder des Staats zu ergreifen. Darf man's ihm verübeln? Nur die Lumpe, kein andrer als Goethe hat es erhärtet, sind bescheiden. Es war für den, der auch im politischen Getriebe den Humor nicht verlor und gewohnt ist, in ihm nur einen besonderen Ausschnitt derselben großen menschlichen Komödie zu sehen, ergötzlich, zu beobachten, wie dieser Herr von Guérard in seiner Rede sozusagen schon die Ressorts verteilte: Reichsinnenminister soll Herr Severing werden, als Außenminister wird, bis auf weiteres, Dr. Stresemann „toleriert", und an dem Freund und Kollegen Brauns gedenkt man nicht zu rühren. Doch wenn die Sozialdemokraten zu lebhaft siegen? Wenn auf den Kanzlerstuhl, wie manche immer von neuem behaupten, der Dr. h. c. Otto Braun seine Anwartschaft anmeldete, der in diesem Fall auch die Ministerpräsidentschaft in Preußen beibehalten soll? Für Herrn v. Guérard geht es hier sozusagen um den Endspurt seines Lebens. Er war nicht immer beim Zentrum. Wie Eingeweihte sagen: erst seit dem Zusammenbruch. Und er ist heute nicht viel jünger als der Kanzler Marx. Man will doch nicht ewig Landrat bleiben, hat einst — lang, lang ist's her — der selige Meyer-Arnswalde geseufzt. Auch Herr von Guérard wird nicht als Oberpräsidialrat der Koblenzer Regierung sterben wollen.

• • •

Und wann also wird aufgelöst? Die allgemeine Meinung ist der Ansicht: nach der Etatsberatung. Anfang oder Mitte April mit der Konsequenz der vom Minister Curtius angekündigten Maiwahlen. Manche, von staatsrechtlichen Skrupeln unbeschwert, fragen freilich: wo denn das stünde, daß der Etat zuvor erledigt sein müßte. Wieder andre wenden ein: es wäre unvorsichtig von der Opposition, wenn sie auf die Verabschiedung des Etats überhaupt sich einließe. In dem wären diesmal nämlich eine Menge Neueinstellungen und Beförderungen enthalten. Neueinstellungen und Beförderungen, die in der Hauptsache den Deutschnationalen zugute kommen müßten. Man kann in der Politik von keinem verlangen, daß er seinem Gegner die Treppe hinaufleuchtet: bon. Aber was hindert zu beschließen, daß über diese Aemterbesetzung erst im Oktober, mithin, nach menschlichem Ermessen, von der neuen Regierung zu befinden wäre? Wobei wir einstweilen unterstellen, daß die Propheten recht behalten. Daß der fabelhafte „Linksabmarsch" kommt und mit ihm als unabweisbare Folge die große Koalition. Wer im politischen Getriebe nicht nur seinen Humor, wer auch Gedächtnis, Erinnerung und, als Bodensatz schmerzlicher Erfahrungen, ein wenig Skepsis sich bewahrte, wird allerdings geneigt sein, mit Ben Akiba zu murmeln: Alles schon dagewesen. Wir haben mit der Sozialdemokratie schon regiert und es ist auf die Dauer nicht gegangen. Die Sozialdemokratie aber, die aus den Neuwahlen uns wiederkehrt, wird über die Maßen radikalisiert sein. Mit ihr zu regieren wird keine reine Freude sein. Und wir kommen in die mageren Jahre einer rückläufigen Konjunktur. In Zeiten, wo wir, nach den zuvor verabreichten Zuckerkandln, die ganze Bitternis der Dawes-Lasten zu spüren haben werden. Es wird nicht allzu lange währen, daß man aus der Gemeinschaft von Tisch und Bett sich wieder fortsehnt. Und auch diese Ehe wird wegen Zerrüttung gelöst werden. Bei den dermaligen Verhältnissen in Deutschland, bei der besonderen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Struktur

Politischer Einbruch

B. Berlin, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht)

In der vorgestrigen Nacht ist ein Einbruch in das deutschnationale Fraktionszimmer im Preußischen Landtag verübt worden, wobei wahrscheinlich politisch sehr interessante Dokumente verschwunden sind. Die deutschnationale Fraktion erklärt, daß sie noch nicht sagen könnte, was für Dokumente gestohlen worden sind. Sie betont aber schon jetzt, daß sie politisch wirklich wertvolle Dokumente in den Geschäftsräumen des Landtags nicht aufbewahrt habe, daß aber naturgemäß jedes Aktenstück, das man aus dem Zusammenhang herausreiße, mit verhältnismäßig geringer Mühe wahlpolitisch ausgenutzt werden könne. Wie der „Vorwärts" behauptet, soll u. a. auch der Briefwechsel der Landtagsfraktion mit bekannten Rechtsverbänden gestohlen worden sein. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Wer ist Kleinrentner?

VDZ. Berlin, 25. Januar

In der weiteren Beratung des demokratischen Entwurfs eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes erörterte der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags am Mittwoch die Frage, bis zu welcher Grenze Kleinrentner unter das Gesetz fallen sollen. Die Deutsche Volkspartei wollte nur den Rentnern einen Rechtsanspruch gewähren, die im Besitz eines Sparguthabens von mindestens 10 000 RM. bzw. eines Zinseinkommens von 500 M. waren, während die Sozialdemokraten die Grenze bis tausend Mark festlegen wollten. Die Ausschußmehrheit entschied sich dahin, daß die Grenze von 10 000 M. nicht in Frage kommen könne. Eine ziffernmäßige Festlegung wurde noch ausgesetzt. Vermutlich wird im Interfraktionellen Ausschuß der Rechtsanspruch auch hinsichtlich der Grenze des Sparguthabens so gestaltet, daß möglichst weite Kreise befriedigt werden.